

Nr. 124.03 / 20.05.2003

Die Gemeindefinanzreform muss zum 1. Januar 2004 kommen!

Zur Diskussion um die Gemeindefinanzreform erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gleichen inzwischen denen aus einem Spielautomaten: Sie sind unkalkulierbar und fallen oft deutlich schlechter aus als erhofft. Deswegen hat die Bundesregierung eine Kommission eingesetzt, um Vorschläge für eine Gemeindefinanzreform zu entwickeln.

Unser Ziel ist die Verstetigung der Einnahmen, die Verbreiterung der Einnahmebasis und dadurch die Senkung der Steuersätze.

Dazu hat die grüne Landtagsfraktion folgenden **Beschluss** gefasst:

- Die Kommunen werden von ihren Ausgaben erdrückt, deshalb muss die Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004 kommen.
- Jeder Betrieb muss vor Ort Steuer zahlen. (Die gewerbesteuerliche Organschaft, d.h. die gemeinsame Veranlagung eines Unternehmens an einem Ort, soll wieder abgeschafft werden.)
- Die Kommunen brauchen konjunkturunabhängige Einnahmen, deshalb soll die Bemessungsgrundlage verbreitert und nicht nur der Gewinn, sondern weitere Teile des Ertrags (der Wertschöpfung) besteuert werden.
- Die Steuerlast soll auf mehr Schultern verteilt werden. Deshalb sollen auch FreiberuflerInnen Gewerbesteuer zahlen.
